



Die russische Präsidenten“wahl“

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

März 2024

Zusammenfassung

Bei der Präsidenten„wahl“ vom 15.-17. März 2024, bei der Gegner des Ukrainekrieges nicht kandidieren durften, stellte die Wahlbeobachtungs-NGO „Golos“ bereits während des Wahlkampfes eine Reihe von Manipulationen fest. An den Abstimmungstagen wurde eine Fülle von Beschränkungen, Nichteinhaltung von Vorschriften usw. registriert. Bei einer Wahlbeteiligung von 77,4 % wurde Wladimir Putin mit 87,3 % zum russischen Präsidenten gewählt.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Analyse

Wladimir Putin hat vom 15.-17. März 2024 zeigen wollen,

1. dass er so stark ist und das Land so stabil, die Präsidenten“wahl“ während des Krieges durchführen zu können,
2. dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hinter seinem Ukrainekrieg steht und
3. dass die besetzten Gebiete in der Ukraine endgültig zu Russland gehören, weil auch dort die „Wahl“ durchgeführt wurde.

Wahlergebnisse

Wahljahr	Putin/Medwedew	KPRF (2. Kandidat)	3. Kandidat	4. Kandidat
2000	53,4	29,5	5,9	3,0
2004	71,9	13,8	4,1	3,9
2008 (Medwedew)	71,2	18,0	9,5	1,3
2012	63,6	17,2	8,0	6,2
2018	76,7	11,8	5,6	1,6
2024	87,3	4,3	3,9	3,2

Quelle¹

Gegenkandidaten waren:

- Nikolaj Charitonow, 75, seit 2021 Vorsitzender des Staatsdumakomitees für die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis, Mitglied des Zentralkomitees der „Kommunistischen Partei Russlands“, erhielt 4,3 % der Stimmen;
- Wladislaw Dawankow, 40, seit 2021 Stellvertretender Staatsdumavorsitzender, Erster Stellvertretender Vorsitzender der Staatsdumafraktion „Neue Leute“, erhielt 3,9 %;
- Leonid Sluzkij, 56, seit 2016 Vorsitzender des Staatsdumakomitees für internationale Beziehungen, Vorsitzender der Staatsdumafraktion „Liberal-demokratische Partei Russlands“, erhielt 3,2 %.

Der Kandidat Boris Nadeschdin, 60, von 1999 bis 2003 Staatsdumaabgordneter, war zur Kandidatur von der Zentralen Wahlkommission nicht zugelassen worden, weil ein kleiner Teil der Unterschriften, die er für seine Kandidatur gesammelt hatte, gefälscht worden seien. 100.00 Unterschriften waren erforderlich, fast 200.000 hatte er gesammelt. Die Menschen standen Schlange, um für seine Kandidatur unterschreiben zu können; er hatte sich gegen die Ukrainekrieg geäußert. Für ihn hatte sich auch Alexej Nawalnij ausgesprochen, der schon 2018 nicht für das Präsidentenamt kandidieren durfte.

Die vom russischen Justizministerium als „Ausländischer Agent“ registrierte russische Wahlbeobachtungs-NGO „Golos“ („Stimme“) veröffentlichte am 18. März 2024 einen ausführlichen Bericht über die Präsidenten“wahl“.²

¹ <https://1news.az/news/20240321010713461-TSIK-RF-ofitsialno-obyavil-Vladimira-Putina-prezidentom-Rossii>

² <https://golosinfo.org/articles/146794#0>



Sie stellte zum Wahlkampf fest:

- Manipulation von Rechtsvorschriften am Vorabend der Wahlen;
- Manipulation mit der Einschränkung des passiven Wahlrechts;
- fehlende Bedingungen für eine freie öffentliche politische Diskussion;
- Nötigung der Wähler zur Stimmabgabe.

An den Abstimmungstagen 15.-17. März 2024 machte „Golos“ folgende Beobachtungen:

- Beschränkung der Wahlbeobachtung;
- Nichteinhaltung der Wahlverfahren, Aufbewahrung von Wahlunterlagen und Stimmzählung, Anzeichen von Fälschungen;
- Gewalt an Wahltagen, Beschädigung von Stimmzetteln und Wahllokal-ausrüstung, Verletzung von Wählerrechten;
- Ausfälle und Störungen beim Betrieb von elektronischen Fernabstimmungssystemen.

Unter dem Vorwand der „Bequemlichkeit der Wähler“ wurden zwei höchst undurchsichtige Formen der Stimmabgabe eingeführt: die elektronische Fernabstimmung und die mehrtägige Stimmabgabe. Beide sind von der Gesellschaft schwer zu kontrollieren, aber sie tragen zur Kontrolle und somit zum Zwang der Stimmabgabe bei und eröffnen reichlich Möglichkeiten zur Fälschung. Wenn die Wählerinnen und Wähler in den Wahllokalen abstimmten, geschah das in Gegenwart von Kontrollpersonen oder sie mussten ihre Stimmabgabe dokumentieren (Fotos, Screenshots, Anrufe, SMS, Geolokalisierung). Die Wahlbeteiligung betrug 77,4 %.

In vielen Regionen weigerten sich die Kandidaten und die Parteien, die sie nominiert hatten, aktive Bürger als Wahlbeobachter in die Wahllokale zu schicken. Zum ersten Mal wurden keine internationalen Wahlbeobachter von OHDIR, dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in Warschau, eingeladen.

Wladimir Putin wird im nächsten Jahr ein Vierteljahrhundert als Präsident – einmal vier Jahre als Ministerpräsident – der Lenker Russlands sein. Über diesen Mann sagte der damalige kasachische Präsident Nursultan Nasabarjew am 1. Dezember 1999 Clinton bei seinem Besuch im Weißen Haus, Putin habe „außer dem Tschetschenienkrieg nichts zu bieten“. Er habe „kein Charisma, keine außenpolitische Erfahrung, keine eigene Wirtschaftspolitik. Er hat nur den Krieg – einen Kampf gegen sein eigenes Volk.“³

Anmerkungen: Die Ergänzungen geben die persönliche Auffassung des Autors wieder.

³ Sarotte, Mary Elise, Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung. München 2023, S. 307. Sarotte stützt sich dabei auf: Memcon, Clinton-Nasabarjew. 1. Dezember 1999, SDC 2000-State 014531; Talbot, The Russia Hand: Memoir of Presidential Diplomacy. New York 2003, S. 355.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der RPTU Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin.

